

11.11.2009

## **Kleine Anfrage 3647**

der Abgeordneten Wolfgang Jörg und Thomas Trampe-Brinkmann SPD

### **Beförderungsstau bei der Berufsfeuerwehr Hagen**

Die Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen retten jährlich zehntausenden Menschen das Leben. Sie bergen unter schwierigsten Bedingungen Verletzte aus Gefahrenlagen, die häufig nur mit bester Ausbildung und speziellem Gerät überhaupt zu bewältigen sind. Sie löschen Brände, schützen die Umwelt, indem sie gegen Gifte aller Art kämpfen, und reinigen kontaminierte Flächen. Sie organisieren häufig unbemerkt - den Brandschutz bei vielen öffentlichen Veranstaltungen und üben mit unseren Kindern die Brandbekämpfung bzw. -vermeidung. Umfangreicher und anspruchsvoller kann ein Beruf kaum sein.

Die Feuerwehr trägt entscheidend zum Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen bei. Die Zahlen sprechen für sich: Alleine in der Stadt Hagen haben die Männer der Feuerwehr in 2008 fast 16.000 Einsätze der Notfallrettung durchgeführt. Zieht man die Krankentransporte und Hilfeleistungen hinzu, kommen sie auf fast 30.000 Einsätze. Die Hagener Feuerwehr hat bei fast 500 Bränden schnell und zuverlässig gehandelt. Auch die schwere Arbeit der Notfallseelsorge wurde leider in über 110 Einsätzen benötigt. Wir sind stolz auf unsere Feuerwehr.

Doch leider ist die berufliche Wirklichkeit in den 21 nordrhein-westfälischen Großstädten sehr unterschiedlich. Die Arbeit ist für die Kolleginnen und Kollegen überall gleich belastend. Die Bezahlung ist allerdings nicht gleich. Städte, die in der Haushaltssicherung sind, können ihre Feuerwehrleute nicht mehr befördern, obwohl alle Voraussetzungen gegeben sind. In der Stadt Hagen werden 59 Beförderungen nicht durchgeführt. Der Regierungspräsident verweigert seine Zustimmung.

In Anbetracht der steuerlichen Entwicklung in der Wirtschaftskrise werden viele Städte vor dem gleichen Problem stehen. Viele Feuerwehrleute werden sich ein neues Betätigungsfeld suchen; in Hagen gab es bereits eine Anzeige auf dem Stellenmarkt, dass 59 Beamte einen neuen Wirkungskreis suchen. Jeder Feuerwehrmann, der in eine abundante Gemeinde in der Umgebung oder in die freie Wirtschaft wechselt, löst zusätzliche Kosten aus: Die Ausbildung eines Brandmeisteranwärters kostet rund 50.000 Euro. Geld, das den Städten nicht zur Verfügung steht.

Datum des Originals: 04.11.2009/Ausgegeben: 12.11.2009

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. In welcher Art wird die Landesregierung dem Problem begegnen?
2. Auf welche Weise will die Landesregierung verhindern, dass die Beamten in den Nothaushaltskommunen aufgrund des Beförderungsverbots an ihrem beruflichen Fortkommen gehindert werden?
3. Sieht die Landesregierung bei den vom Beförderungsverbot betroffenen Beamten die Fürsorgepflicht des Dienstherrn verletzt?
4. Gilt der Grundsatz "Gleiche Arbeit - gleicher Lohn" auch für die Landesregierung?
5. Wie steht die Landesregierung zum Grundsatz der beamtsangemessenen Alimentation bzw. Besoldung?

Wolfgang Jörg  
Thomas Trampe-Brinkmann